

EU-Verordnung zu Konfliktmineralien

Der weite Weg hin zu höherer Rechenschaftspflicht im Rohstoffsektor

„No blood in my cell phone“ – Anfang der 2000er-Jahre führten Kampagnenslogans wie dieser einer bis dahin recht uninformierten Öffentlichkeit die Zusammenhänge zwischen Rohstoffen in beliebten Elektronikprodukten und gewaltsamen Konflikten vor Augen.

40% aller Bürgerkriege der letzten 60 Jahre hatten laut Vereinten Nationen einen Rohstoffbezug. In der Zwischenzeit ist eine Reihe von Regulierungen zu „Konfliktmineralien“ verabschiedet worden. In den letzten beiden Jahren wurde auf EU-Ebene eine Verordnung zu diesem Thema verhandelt. Am 15. Juni 2016 wurde eine Einigung zwischen Ministerrat und EU-Parlament präsentiert. Sie lässt viele Fragen offen.

Karin Küblböck

Steigende Nachfrage nach Rohstoffen und komplexe Wertschöpfungsketten

Die Nachfrage nach mineralischen Rohstoffen hat in den letzten beiden Jahrzehnten stark zugenommen. Gründe sind das starke Wachstum der Schwellenländer sowie technologische Innovationen in verschiedenen Wirtschaftszweigen. Wertschöpfungsketten sind in diesem Bereich besonders komplex. Ein Smartphone enthält etwa bis zu 50 verschiedene Metalle. Der Abbau von Rohstoffen erfolgt nur allzu oft unter sehr problematischen ökologischen und sozialen Bedingungen. In vielen Ländern werden mineralische Rohstoffe von KleinschürferInnen abgebaut und über oft intransparente Wege an Unternehmen verkauft.

Rohstoffe spielen häufig eine wichtige Rolle bei der Eskalation von Konflikten. Laut dem Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung gab es allein im Jahr 2014 96 mit Rohstoffen in Zusammenhang stehende Konflikte, 60% davon waren gewalttätig.¹ 40% aller Bürgerkriege der letzten 60 Jahre hatten einen Rohstoffbezug.² Korruption ist laut internationalen Indizes wie dem Corruption Perception Index (CPI)

von Transparency International in rohstoffreichen Ländern besonders verbreitet; die extractive Industrie wird als einer der korruptesten Bereiche der internationalen Wirtschaft gesehen.³

Wertschöpfungsketten sind im Elektroniksektor besonders komplex. Ein Smartphone enthält etwa bis zu 50 verschiedene Metalle.

In den letzten Jahren ist das öffentliche Bewusstsein für die Verantwortung von Unternehmen für die Gestaltung ihrer Lieferkette gestiegen. Auf internationaler Ebene sind in den letzten Jahren zahlreiche – öffentliche und private – Regulierungen und Initiativen ins Leben gerufen worden, die zum Ziel haben, die Governance im Rohstoffsektor zu verbessern. Der Großteil dieser Initiativen fokussiert auf die Erhöhung von Transparenz und Rechenschaftspflicht – einerseits in Bezug auf Zahlungsflüsse zwischen Staaten und Unternehmen, wie etwa die Extractive Industries Transparency Initiative, andererseits hinsichtlich der Lieferkette und der

Herkunft der Rohstoffe. Initiativen in diesem Bereich zielen aktuell insbesondere darauf ab, dass Unternehmen durch ihre Rohstoffbeschaffung keine Konflikte fördern, also keine „Konfliktmineralien“ beziehen.

OECD-Leitlinien ■ 2011 verabschiedete die OECD „Leitlinien für Sorgfaltspflichten für Lieferketten von mineralischen Rohstoffen aus konfliktbetroffenen und stark gefährdeten Gebieten“. Im Zentrum dieser Leitlinien steht das Prinzip der „due diligence“, der angemessenen Sorgfaltspflichten von Unternehmen. Je nach Größe müssen Unternehmen demnach Maßnahmen treffen, um Risiken entlang ihrer Wertschöpfungskette zu identifizieren und darauf zu reagieren.

Regionale und nationale Reformen

Den wichtigsten Rahmen für regionale und nationale Reformen bietet die „International Conference on the Great Lakes Region“ (ICGLR). 2006 ist als Teil der ICGLR die „Regional Initiative against the Illegal Exploitation of Natural Resources“ (RINR) gegründet worden, um die Finanzierung von bewaffneten Konflikten durch Rohstoffeinnahmen ➤